



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates

22. Juni 2021, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 10 der Tagesordnung: Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an neun Schulen für das Schuljahr 2021/2022 mit der Option auf Vertragsverlängerung

Vorlage: 2021/0622

dazu:

Änderungsantrag: AfD

Vorlage: 2021/0622/1

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - von den Erläuterungen Kenntnis und stimmt der Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an die Anne-Frank-Schule, die Eichendorffschule, die Gartenschule, die Grundschule Daxlanden, die Hans-Thoma-Schule, die Heinrich-Köhler-Schule, die Leopoldschule, die Pestalozzischule und die Tullaschule für das Schuljahr 2021/2022 mit der Option auf dreimalige Vertragsverlängerung bis maximal zum Schuljahr 2024/2025 an die vorgeschlagenen Firmen zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, der Sauder GmbH, Bruchsal, für die Lose 1, 2, 5, 6 und 9 und der Firma ES-catering, Weingarten, für die Lose 3, 4, 7 und 8 den Zuschlag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 42 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 4 Ja-Stimmen und 40 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Mündlicher Ergänzungsantrag AfD: Bei 7 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Schnell (AfD): Als ich diese Beschlussvorlage zur Vergabe der Lieferung von Mittagsverpflegung an neun Schulen, mit Option auf Vertragsverlängerung, las, musste ich an die Gemeinderatssitzung vom November 2019 denken, in der damals unter TOP 11 die Zuschlagskrite-

rien für Schulverpflegung auf der Tagesordnung standen. Ich zitiere kurz daraus, dann dürfte Ihnen klar sein, warum wir die heutige Vorlage in der vorliegenden Form ablehnen und zu ihr einen Ergänzungsantrag stellen. Zitat aus der Vorlage: Die gelegentlich geforderte, zusätzliche Einrichtung rein vegetarischer Tage, kann nur ein Umdenken bewirken, wenn dieses Angebot auch tatsächlich von Nicht-Vegetariern genutzt wird. Bisher liegen die Essenszahlen an weiterführenden Schulen mit täglich freigestellter Mensanutzung an vegetarischen Tagen deutlich unter den Zahlen an Tagen mit gemischtem Angebot. Menüs mit Fleisch werden bis auf wenige Ausnahmen stärker angenommen als die vegetarischen Angebote. Unter Zwang erfolgt erfahrungsgemäß eher eine Ablehnung des Angebotes und das Ausweichen auf andere Möglichkeiten der Verpflegung. Soweit das Zitat.

Daher möchten wir die Vorlage gemäß unserem Änderungsantrag modifiziert wissen. Das heißt, für die Schulverpflegung nicht noch mehr Vegi-Days, Fleisch nur aus artgerechter Biohaltung und statt landwirtschaftlichen Bioprodukten um jeden Preis mehr Obst und Gemüse aus heimischer Landwirtschaft. Zum letztgenannten Punkt gab es einen Artikel in der FAZ, der darauf hinwies, welche hohen Anteile an Biogemüse, insbesondere Paprika, Zucchini, Tomaten und anderen, aus dem Ausland kommen, zum Teil eingeflogen werden. Selbst bei Möhren und Kartoffeln werden sehr große Mengen an Biolebensmitteln aus dem Ausland importiert. Dem möchte ich jetzt nichts weiter hinzufügen und bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir werden diesem Änderungsantrag auf keinen Fall zustimmen, sondern ihn vehement ablehnen. Die Schulverpflegung ist kein Wunschkonzert, sondern die Schulverpflegung ist ein Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrags und gehört bei der Ganztageschule zum pädagogischen Konzept. Die Stadtverwaltung orientiert sich hierbei an zwei Vorgaben. Das eine ist die Deutsche Gesellschaft für Ernährung Kinderernährung. Die sieht in ihrer Empfehlung bei 20 Verpflegungstagen maximal vier Tage Fleisch und vier Tage Fisch vor, und die restlichen zwölf Tage sollen vegetarisch sein. Das ist die eine Säule. Die bezieht sich auf eine gesunde Ernährung.

Die zweite Säule ist die Leitperspektive Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese Leitperspektive sieht vor, dass alle Bereiche des Lebens nachhaltig ausgestaltet werden sollen. Bei Fleisch ist es so, dass die höchsten CO₂-Emissionen bei der Verpflegung entstehen. Fleisch hat ein Mehrfaches an CO₂-Emissionen, als dies bei pflanzlicher Ernährung bedeutet. Insofern ist es wirklich zielführend, dass die Stadtverwaltung sich an diesen zwei nachweislich sinnvollen und im Prinzip auch von der Wissenschaft und vom Bildungsplan vorgesehenen Prinzipien orientiert.

Ich möchte aber noch eins dazu sagen. Wenn Sie sagen, man soll Gemüse aus konventioneller Erzeugung nehmen, um dann Biofleisch zu bezahlen, muss man sagen, dass gerade bei der pflanzlichen Ernährung die Unterschiede zwischen Bio und konventionell extrem gering sind, teilweise nicht mehr nachweisbar, während bei Fleisch durch die artgerechte Haltung die Preise tatsächlich extrem hoch sind. Sie müssten also umgekehrt fordern, dass die Fleischportionen extrem klein werden, und dass es an wenigen Tagen oder nur selten Fleisch gibt. Damit könnte man nämlich tatsächlich Biofleisch kaufen.

Und zum Schluss noch eins, wir stimmen natürlich der Verwaltungsvorlage zu. Ich möchte aber noch erwähnen, dass SPD und GRÜNE gemeinsam einen Antrag eingebracht haben, dass wir stufenweise auf 100 Prozent Bio bei der Schulverpflegung gehen wollen, und dass damit auch

gewährleistet sein wird in den nächsten Jahren, dass dann auch bei Fleisch und tierischen Produkten in geringer Menge Bio möglich ist. Und abschließend, es ist eine unerträgliche Intoleranz, dass Sie hier Vegetarier*innen, von denen es 8 Millionen in Deutschland mittlerweile gibt, als ideologisch geprägt bezeichnen. Das zeigt auch, dass Sie Menschen, die etwas anders denken und in der Vielfalt der Gesellschaft auch etwas anders ticken als Sie, unerträglich und unverschämt stigmatisieren.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es war jetzt fast zu erwarten, dass es hier eine Grundsatzdebatte zu diesem Thema gibt. Es wäre nicht das erste Mal. Aber hier geht es rein um eine Vergabe. Eine Vergabe, die sich an dem orientiert, was wir in diesem Haus zuletzt festgelegt haben. Wir haben die Vergaberichtlinien zuletzt noch einmal angepasst und haben diverse, uns allen wichtige Bestandteile jetzt noch mit größerer Gewichtung aufgenommen. Deswegen macht natürlich jetzt an der Stelle auch der Änderungsantrag keinen Sinn. Denn das war ausgeschrieben. Wir müssen uns jetzt daran orientieren und können nicht im laufenden Verfahren irgendwas ändern.

Der Antrag, der angesprochen wurde, ist heute abgesetzt. Da werden wir uns sicherlich noch einmal ausführlich damit beschäftigen. Meiner Fraktion ist es ganz wichtig, und da sind wir auch sehr froh, dass wir heute über eine Vergabe entscheiden, bei der Caterer aus unserer Region, und zwar wirklich jetzt aus der Nähe zum Zug kommen. Sie wissen alle, dass wir diese Problematik hatten, dass das Essen bei einigen Schulen wirklich von sehr weit herkommt und wir das alle nicht gut finden, aus ökologischen Gründen. Insofern sind wir darüber heute ganz froh. Wir respektieren auch den Wunsch der Schulen, die sagen, sie wollen einen Tag mehr in der Woche vegetarisches Essen. Wir wissen auch von Schulen, die das zum Beispiel explizit nicht wünschen, und dann respektieren wir dies genauso. Ich persönlich bin der Meinung, es gibt bei den Essensauswahlen verschiedene Gerichte zur Auswahl, ein Fleischgericht, ein vegetarisches und in der Regel auch noch ein drittes, bei den weiterführenden Schulen. Das heißt, da gibt es die Auswahlmöglichkeit. Jeder kann für sich entscheiden, was er essen möchte. Wir sind der Meinung, dass wir auch nicht so sehr reinregieren und mitbestimmen müssen.

Aber wie gesagt, heute geht es um die Vergabe. Die CDU-Fraktion stimmt mit und ist froh, dass es sich um Caterer aus der Region handelt.

Stadträtin Moser (SPD): Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, dass die Kriterien, die wir überarbeitet haben, Frau Meier-Augenstein hat es schon gesagt, dazu führten, dass wir in nächster Nähe zwei Anbieter gefunden haben. Einen kenne ich von Neureut, ich glaube, da sind wir sehr zufrieden.

Nicht zufrieden bin ich mit dem Änderungsantrag. Der hat mich sehr empört. Ich finde es unmöglich, diese polemischen Sätze von Ihnen, den Antragstellern, lesen zu müssen. Wenn ich lese, die Stadtverwaltung hat nicht die Aufgabe, Einfluss auf die Erziehungshoheit der Eltern und die Essgewohnheiten der Kinder zu nehmen durch die schrittweise Reduktion der Tage und so weiter, dann unterstellen Sie, dass die Stadtverwaltung das tut. Ich möchte das für die Stadtverwaltung und für meine Fraktion scharf zurückweisen, in keiner Weise. Wir, dieses Gremium hier, hat diese Kriterien beschlossen, und deswegen wurde auch so entschieden. Im Übrigen schadet es keinem Menschen, auch Kindern nicht, wenn sie an drei Tagen kein Fleisch essen. Zuhause und am Wochenende können die essen, was sie wollen. Ich bin überzeugt davon, da gibt es viele, die dann auch Fleisch oder Wurst oder was auch immer essen. Der Vegetarismus

ist eine ideologisch geförderte Ernährungsform, die den anderen Menschen nicht aufgezwungen werden darf. Ich glaube, es wird keinem Menschen aufgezwungen. Das entscheiden die Menschen schon ganz alleine, wenn sie sich vegetarisch oder vegan ernähren wollen. Die Kinder müssen dort nicht essen. Wenn sie Fleisch essen wollen, gehen sie nach Hause. Die SPD-Fraktion wird auf keinen Fall diesem Antrag zustimmen.

Stadtrat Jooß (FDP): Es wurde schon gesagt, es geht heute um eine Vergabe und nicht um Bio oder vegan oder sonst irgendetwas. Deswegen stimmen wir heute dieser Vorlage zu. Denn sowohl die Schulen, als auch Eltern, Schüler, sind in der Entscheidung miteinbezogen mit Probeessen et cetera. Das ist echte Bürgerbeteiligung, wie wir sie es uns vorstellen als Liberale. Deswegen unterstützen und befürworten wir dieser Vorlage.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Die Vorlage der Stadtverwaltung ist klar, da werden wir alle zustimmen. Wir wollen schließlich, dass die Kinder anständig gepflegt werden. Auch dass tatsächlich gelungen ist, relativ regional zu vergeben, finde ich auch gut. Klar ist, dass wir den AfD-Antrag ablehnen werden. Der ist eigentlich völlig überflüssig.

Was ich aber jetzt wirklich noch einmal anbringen möchte, wo ich auf der einen Seite auch danke, dass nach meinen Fragen im Hauptausschuss relativ rasch geantwortet wurde, zum Thema Sozialstandards. Ich weiß, dass es heute nicht das Thema ist. Ich möchte aber doch zumindest anmerken, dass ich glaube, wir haben als Gemeinderäte, als Stadt Karlsruhe eine gewisse Verpflichtung gegenüber den Menschen, die in unserem Auftrag Aufträge erfüllen. Ich finde, es ist wichtig, was auf dem Teller ist. Ich finde es aber auch wichtig zu hinterfragen, wie es auf den Teller kommt. Insbesondere in den Küchen wissen wir, dass es relativ viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt. Ich möchte einfach das Augenmerk drauf richten, dass wir uns künftig auch bei solchen Vergaben darum bemühen, dass die Arbeitsverhältnisse, die Sozialstandards, eine Rolle spielen. Sozialversicherte Beschäftigung ist für mich dabei ein ganz wichtiges Stichwort, statt Minijob, statt prekärer Leiharbeit oder Ähnliches. Für mich ist auch wichtig, dass die Menschen ein anständiges Gehalt oder Lohn beziehen, damit sie nicht bei der Stadt oder bei der Kommune aufstocken müssen und Sozialhilfe brauchen. All solche Dinge sind für mich wichtig. Da müssen wir uns auch als Gemeinderäte überlegen, auch mit der Stadtverwaltung zusammen, wie wir künftig sicherstellen können, dass es sich tatsächlich mehr in den Vergaberichtlinien niederschlägt, um diese anständigen Arbeitsplätze zu gewährleisten. Das wollte ich noch loswerden.

Das gilt natürlich auch für den nächsten Tagesordnungspunkt. Da ist auch die Kritik da, dass man tatsächlich auf Sozialstandards achten sollte. Ich finde, das muss man sich immer wieder mal vor Augen halten.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Die Partei ganz rechts außen hebt das Stöckchen hin und Sie springen jetzt seit 20 Minuten drüber, vielen Dank.

Stadträtin Fenrich (AfD): Frau Meier-Augenstein hat was sehr Wichtiges gesagt. Es geht hier in der Beschlussvorlage natürlich um eine Vergabe. Jeder, der sich mit Vergabe von Lieferung einer Mittagsverpflegung für Schulen und jeder, der sich im Vergaberecht auskennt - hier ist es ein EU-weites Verfahren gewesen -, der weiß, dass so ein Verfahren Monate dauert. Das bedeutet aber nicht, wenn die Verwaltung beabsichtigt, etwas zu ändern im Leistungsverzeichnis, hier zum Beispiel jetzt drei Veggie-Tage anstatt zwei, dass wir als Gemeinderäte nicht vorher

informiert werden sollten. Deswegen, wenn mir jetzt kein Lapsus unterlaufen ist und ich vielleicht nicht mehr vergegenwärtige, ob das im Gemeinderat besprochen worden ist, würde ich ganz gerne jetzt mündlich an dieser Stelle einen Ergänzungsantrag stellen. Der Ergänzungsantrag sollte in etwa lauten, die Verwaltung unterrichtet bei geplanten Änderungen in der Schul- oder Kantinenverpflegung den Gemeinderat vor einer Ausschreibung hierüber. Dann haben wir nämlich diese ganzen Diskussionen eigentlich nicht.

Der Vorsitzende: Dann sind wir am Ende der Rednerliste. Ich kann nur an das appellieren, was jetzt mehrfach angesprochen wurde. Wir diskutieren hier über Grundsatzrahmenrichtlinien. Wenn wir dann bei den Grundsatzrahmenrichtlinien das in einzelne Vergaben kleiden, dann im Grunde die ganze Debatte hier wieder aufzurühren, das kann eine Kultur schaffen, in der wir uns selber völlig blockieren. Das möchte ich einfach generell anmerken.

Ihren Einwand, Frau Binder, nehmen wir auf. Es gibt eine Arbeitsgruppe zwischen Gewerkschaften und Stadtverwaltung zum Thema Tariftreue. Aber Sie müssen den Punkt zu Ende denken. Wenn wir jetzt bei jedem Produkt, das wir einkaufen, auch noch sicherstellen sollen, dass die, die dieses Produkt hergestellt haben, der Tariftreue unterliegen, wo wir dahinkommen. Ich habe ein Stück weit die Angst, dass wir an der Stelle Probleme lösen, die anderswo gelöst werden müssten und die wir hier in dieser umfassenden Art nicht lösen können, möglicherweise auch nicht dürfen. Das klären wir aber noch ab. Aber ich möchte es einfach zu bedenken geben. Beim nächsten Tagesordnungspunkt, weil ich jetzt schon gerade spreche, ist es so, dass wir die Mindestlöhne abfordern. Aber da es hier keine einheitlichen Tarifverträge gibt, die alle binden, können wir nicht weitergehen. Dahinter steckt auch ein Problem, das wir nicht auf Karlsruher Ebene lösen können, das vielleicht dazu.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag. Jetzt stelle ich den Änderungsantrag, der hier schriftlich vorliegt, zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt stelle ich den mündlich eingebrachten Ergänzungsantrag zur Abstimmung, das vor allen Vergaben das noch mal mit dem Gemeinderat diskutiert wird. – Auch das ist eine mehrheitliche Ablehnung. Das gibt, glaube ich, nicht ganz das Stimmungsbild wieder, aber wir einigen uns, dass es keine Mehrheit findet

Jetzt komme ich zur eigentlichen Beschlussvorlage, nämlich der Vergabe. – Mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: